

Institution als Täterschützer

Einiges war bereits bekannt. Aber dass es im Bistum Münster so viele Fälle sexuellen Missbrauchs gab, ist neu. Forscher bescheinigen dem Bistum jetzt auch, dass das System Kirche Mitschuld hat.

Von Carsten Linnhoff

Was ihn am meisten überrascht hat? Der Historiker Thomas Großbölting bringt es auf den Punkt: „Wie viele doch über die Jahre von den Missbrauchsfällen etwas gewusst haben.“ Das Wissen zog sich über Bischöfe, Personalverantwortliche und christliche Laien bis hin zu Staatsanwälten. Im Auftrag des Bistums Münster hat Großbölting in einem Fünfer-Team mehr als zwei Jahre an einer Studie zu sexuellem Missbrauch gearbeitet. Dabei ging es nicht nur um die Frage, wie viele Fälle es in dem Bistum zwischen 1945 und 2020 gab, sondern auch darum, ob die Kirche Mitschuld trägt.

Und ja, das System Kirche sei als Täter aufgetreten, ist Großbölting überzeugt. Der Priester als Kleriker sei in der katholischen Kirche überhöht und als geweihter Nachfolger Christi quasi als Heiliger dargestellt worden. „Die Gottes- und Nächstenliebe wurde pervertiert“, sagt Großbölting bei der Vorstellung der Studie am Montag. Gerade junge Missbrauchsoffer zwischen zehn bis 14 Jahren, oft Messdiener, kamen gegen das System nicht an. Ihnen wurde nicht geglaubt. Viele waren traumatisiert, sprachen erst nach vielen Jahren.

Auch im System der Bistumsleitung sehen die Forscher ein massives Problem. Bischöfe sollten Richter, Vorgesetzter und Seelsorger gleichzeitig sein. Das habe fatale Folgen gehabt. Auch die katholische Sexualmoral habe Verbrechen begünstigt. Die Zahl der beschuldigten Priester und Missbrauchsoffer ist demnach deutlich höher als bekannt. Demnach gab es im Bistum Münster in den 75 Jahren annähernd 200 Kleriker, die sich schuldig machten, und mindestens 610 minderjährige Opfer. Die Dunkelziffer ist wesentlich höher. Die Forscher gehen davon aus, dass es 5000 bis 6000 Opfer gibt.

Großbölting widersprach zudem der Schilderung des 2008 verstorbenen Bischofs Reinhard Lettmann, der von Einzelfällen gesprochen hatte. Missbrauchsfälle habe es flächendeckend in allen Dekanaten des Bistums auf seinem Gebiet in Nordrhein-Westfalen und rund um Vechta im Oldenburger Münsterland (Niedersachsen) gegeben. Viele hätten davon gewusst, sagte Großbölting. Er



Mit erhobenem Zeigefinger spricht Historiker Thomas Großbölting (dritter von rechts) gemeinsam mit seinen Kollegen aus dem Forschungsteam bei der Vorstellung der Studienergebnisse zum Missbrauch im Bistum Münster. Fotos: Kirchner, dpa



Dem amtierenden Bischof von Münster, Felix Genn, wird vorgeworfen, nicht streng genug gegenüber reuigen Tätern gewesen zu sein.

ckend in allen Dekanaten des Bistums auf seinem Gebiet in Nordrhein-Westfalen und rund um Vechta im Oldenburger Münsterland (Niedersachsen) gegeben. Viele hätten davon gewusst, sagte Großbölting. Er

„Die Gottes- und Nächstenliebe wurde pervertiert.“

Thomas Großbölting
Mitglied des Forschungsteams

sprach von Vertuschung.

Nachweisen konnten die Forscher jahrzehntelanges Versagen in der Bistumsleitung und Strafvereitelung in verschiedenen Fällen. Dabei standen die drei Bischöfe Joseph Höffner (Amtszeit: 1962-1969), Heinrich Tenhumberg (1969-1979) und Reinhard Lettmann (1980-2008) im Mittelpunkt. Immer wieder wurden straffällig gewordene Priester nur versetzt – und wieder zu Tätern. Bei anderen setzte sich die Bistumsleitung bei der Staatsanwaltschaft ein. Ermittlungsverfahren wurden eingestellt, Gerichtsverfahren zur Farce. Ein Täter floh nach Südamerika.

Ein anderer setzte sich nach Österreich ab.

Dem jetzigen Bischof Felix Genn werfen die Forscher vor, als Vorgesetzter gegenüber reuigen Tätern nicht die nötige Strenge gezeigt zu haben. Genn will sich zu der Studie erst am Freitag näher äußern. Großbölting lobte aber bereits die Zusammenarbeit. Sein Team habe wie versprochen unabhängig arbeiten können. Neben der Auswertung der Aktenarchive führten die Wissenschaftler Interviews mit mehr als 60 Betroffenen.

Einen Tag vor der offiziellen Präsentation wurde die Studie einigen Opfern vorgestellt. Bei der Übergabe des Gutachtens kündigte Genn nun schon weitere Konsequenzen an. „Das ist für mich eine Verpflichtung, an der ich mich messen lassen möchte“, sagte der Bischof ganz knapp. Am Freitag will er mehr dazu sagen.

Die Betroffeneninitiative Eckiger Tisch bezeichnete das Ergebnis der Mehrfachtäter (40 Prozent der Beschuldigten) als erschreckend. „Hätte die Leitungsebene des Bistums das rechtlich Richtige und das moralisch Gebotene getan und diese Täter aus dem Klerikerstand entfernt, dann wäre vielen Kindern Leid erspart geblieben“, sagte Sprecher Matthias Katsch laut Mitteilung.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) würdigte die Studie aus Münster als entscheidende Ergänzung zu den bislang juristischen Gutachten aus anderen Bistümern. „Der spezifische Ansatz in Münster, vom Bistum gewollt, fragt nicht nur nach Tätern und Betroffenen, nach Straftaten und deren Häufigkeit, sondern untersucht auch den Katholizismus in seiner Binnenstruktur“, sagte ZdK-Generalsekretär Marc Frings. dpa

Generalvikar tritt aus Kirche aus

Von Wolfgang Jung

Am Ende fehlte Generalvikar Andreas Sturm schlicht die Hoffnung. Er habe keine Zuversicht mehr in die Reformfähigkeit der römisch-katholischen Kirche, sagte der ranghohe Geistliche in Speyer – und trat in einem drastischen Schritt aus der Kirche aus.

Sturms Entscheidung erschütterte vor wenigen Wochen das Bistum in der pfälzischen Domstadt. Von einem „gewaltigen Schock“ spricht Bischof Karl-Heinz Wiesemann. Ob die schleppe Aufarbeitung des Missbrauchsskandals, das lähmende Innenleben der Institution Kirche – oder die Sehnsucht nach einer Familie: Nur Sturm weiß, was ihn am Ende getrieben hat. Über seine Motive gibt ein Buch nun Auskunft.

„Ich muss raus aus dieser Kirche“, heißt das Werk, das in diesen Tagen erscheint. Darin beschreibt der 47-Jährige seinen Werdegang vom überzeugten Geistlichen zum Zweifler. „Eigentlich ist es mir erst heute im Rückblick klar, dass es ein langer Weg der Entfremdung war“, meint Sturm unter anderem. Das Buch solle auch zeigen, wie sehr er noch an der Kirche hänge und dass er ihr alles Gute wünsche. „Nur ohne mich.“

Der Schritt verdeutlicht die Krise der Kirche. Ein Beispiel: Während beim Katholikentag in Münster 2018 noch 50 000 Dauerteilnehmer dabei waren, waren es jüngst in Stuttgart 19 000. Die Miss-



Enttäuscht von der Katholischen Kirche ist der langjährige Generalvikar Andreas Sturm, der mittlerweile der Altkatholischen Kirche beigetreten ist. Foto: Verlag Herder, dpa

brauchsskandale erschütterten die Kirche immer noch in ihren Grundfesten, ebenso wie der Reformstau, die massenhafte Abkehr und der Bedeutungsverlust der Institution. Heute gehört nur noch eine Minderheit – weniger als die Hälfte der Bevölkerung – einer der beiden Großkirchen an.

„Es war ein langer Weg der Entfremdung.“

Andreas Sturm
Ehemaliger Generalvikar

Sturm galt im Bistum als Reformler. Als der Vatikan sich gegen die Segnung homosexueller Partnerschaften aussprach, stellte sich der damalige Generalvikar öffentlich dagegen: „Ich habe Wohnungen, Autos, Fahrstühle, unzählige Rosenkränze und so weiter gesegnet und soll zwei Menschen nicht segnen können, die

sich lieben? Das kann nicht Gottes Wille sein.“ Er beklagte auch die Diskriminierung von Frauen.

Doch ob das Verhältnis zu Frauen oder zu Homosexuellen: „Das sind weltkirchlich noch immer keine Themen“, kritisiert Sturm in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. Er habe nicht den Eindruck, dass der Vatikan wirklich Verständnis habe für die aktuelle Situation. „Solange Rom glaubt, es müsse alles überall wie eine Art Konzernzentrale steuern, denke ich nicht, dass sich etwas ändert.“

Sturm ist ausgetreten – und gleichzeitig der Altkatholischen Kirche beigetreten, für die er künftig als Priester am Bodensee arbeitet. Die Altkatholische Kirche entstand nach den Entscheidungen des Ersten Vatikanischen Konzils von 1870, wonach der Papst die oberste rechtliche Gewalt in der katholischen Kirche ausübt und in Fragen des Glaubens unfehlbar ist. Das Bistum der Altkatholiken in Deutschland umfasst rund 60 Gemeinden in nahezu allen Bundesländern.

Der Kirchenexperte und Buchautor Andreas Püttmann nennt es einen „Paukenschlag“, dass ein ranghoher Geistlicher nicht nur sein Amt aufgibt, sondern auch in eine andere Kirche eintritt und zur Begründung ein Buch schreibt. „Dieser beispiellose Vorgang zeigt, was die Stunde geschlagen hat für die katholische Kirche in der modernen, liberalen Gesellschaft.“ dpa

Adiós, Macho-Land

Spanien galt lange als männlich dominiertes Land. Das hat sich mittlerweile geändert. Die aktuelle Regierung betreibt mit Eifer feministische Politik. Doch damit könnte schon nächstes Jahr wieder Schluss sein.

Von Ralph Schulze

Ganz Europa staunt, wie Spanien, das lange als erzkonservatives Macho-Land galt, sich zu einem fortschrittlichen Staat wandelt, in dem die Gleichberechtigung weit vorangeschritten ist. Mit seiner Frauen- und Gleichstellungspolitik gilt das Königreich inzwischen als europäischer Vorreiter. Es ist ein Wandel, der durch Spaniens

progressiven Premier Pedro Sánchez angetrieben wird. Feministische Politik gehört zu seinen Prioritäten. „Wir leben in der Zeit der Frauen“, sagt er.

Das war in Spanien nicht immer so. Sánchez regiert in einem Land, in dem die Frauen in der 1975 untergegangenen Franco-Rechtsdiktatur unter der Vormundschaft der Ehemänner standen – mit dem Segen der Kirche. Heute sieht es anders aus: Spanien ist ein moderner, weltlicher Staat. Die Bischöfe verloren ihren Einfluss; nur ein Drittel der Bevölkerung zahlt noch Kirchensteuer.

In den vergangenen Wochen brachte Sánchez' Koalitionsregierung gleich mehrere Reformen auf den Weg, die in ganz Europa Aufsehen erregten: Zum Beispiel das „Nur-Ja-heißt-Ja-Gesetz“, das die Verfolgung sexueller Übergriffe erleichtert, weil jede körperliche Annäherung ohne Zustimmung beider Partner als Gewalt geahndet werden kann. Oder den Menst-



Er gilt als progressiv: Unter Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez und seiner Regierung gab es viele Gesetze, die die Rechte von Frauen stärken. F.: Parra, dpa

ruationserlass, der Frauen mit starken Regelschmerzen das ausdrückliche Recht einräumt, sich krank zu melden. Schon mit seinem Kabinett setzte Sánchez, dessen Sozialistische Partei zur sozialdemokratischen

Familie gehört, klare Zeichen: 14 Frauen, neun Männer – in den meisten wichtigen Ministerien regieren Frauen.

Zu den einflussreichen Weichenstellerinnen, die Spaniens Reise in die Zukunft mitprägen,

zählt auch Frauenministerin Irene Montero. Die 34-Jährige studierte Psychologin ist eine der Galionsfiguren der Linkspartei Podemos, die als Juniorpartner mit den Sozialisten die Mitte-links-Regierung bildet.

Vor allem aus Monteros Ministerium stammen jene Gesetze, die Spaniens Ruf als Vorbild in der Gleichstellungspolitik prägen. Das beispielhafte Transgender-Gesetz gehört ebenfalls dazu. Es ermöglicht jedem Bürger ab 16, seine Geschlechtszugehörigkeit unbürokratisch zu ändern. Ohne ärztliches Attest, psychiatrische Gutachten und sonstige entwürdigende Hürden. Eine schlichte Erklärung auf dem Standesamt reicht.

Doch die Ära des Reformers Sánchez könnte bald zu Ende gehen. Die opferreiche Pandemie mitsamt Wirtschaftsein-

bruch, die horrenden Energiepreise, die großen Einkommensverluste durch Rekordinflation, der im Land umstrittene Versöhnungskurs mit Kataloniens Unabhängigkeitsbewegung – all das scheint Sánchez' Rückhalt geschwächt zu haben.

In Umfragen liegt die konservative Volkspartei mit ihrem neuen Chef Alberto Feijóo schon fast gleichauf. Zusammen mit der ebenfalls wachsenden rechtspopulistischen Partei Vox, die mit den Konservativen bereits in einigen Regionen regiert, könnte es in der Wahl Ende 2023 eine neue Mehrheit geben.

Konservative und Rechtspopulisten ließen bereits durchblicken, was sie nach einer Machteroberung als Erstes machen wollen: Spaniens Gleichstellungsministerium abschaffen.